



Reinhard Nickisch (Autor)

**Wie ich mich in der Fremde in die Freiheit einlebte**

Erinnerungen eines zugewanderten Deutschen aus der  
Mitte des 20. Jahrhunderts

Reinhard M. G. Nickisch

**Wie ich mich in der Fremde  
in die Freiheit einlebte**

*Erinnerungen eines zugewanderten Deutschen  
aus der Mitte des 20. Jahrhunderts*



Cuvillier Verlag Göttingen

<https://cuvillier.de/de/shop/publications/2736>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,  
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: [info@cuvillier.de](mailto:info@cuvillier.de), Website: <https://cuvillier.de>

## **Einführung**

### *Erzwungene Migration – erwünschte Integration*

Wer vor langer Zeit aus der Fremde gekommen ist, mag vergessen, dass er ein Zugewanderter ist, die Einheimischen aber vergessen es nie.

Manès Sperber, 1978

Noch nie sind im Laufe der Geschichte so viele Menschen mit Gewalt gezwungen worden, ihre angestammte Heimat aufzugeben, wie im zwanzigsten Jahrhundert. Ihren Höhepunkt erreichten die Vertreibungen im Zweiten Weltkrieg und im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Von den annähernd fünfzig Millionen Vertriebenen dieses Zeitraums waren weit mehr als zwölf Millionen Deutsche, die in den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches – Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesien – gelebt hatten. Sofern sie ihre gewaltsame Entwurzelung lebend überstanden (für mindestens zwei Millionen gilt das nicht), mussten sie versuchen, in einer anderen, völlig fremden Lebensumgebung neue Wurzeln zu schlagen.

Die fremde Lebensumgebung war das nach dem Kriegsende in Besatzungszonen aufgeteilte Rest-Deutschland. Die Masse der heimatlosen Ostdeutschen wurde in die Britische und Amerikanische Zone in West-Deutschland deportiert, ein kleinerer Teil in die Sowjetische Zone in Mittel-Deutschland. In allen drei Zonen waren die unfreiwilligen Zuwanderer und Habenichtse unwillkommen – nicht allein, weil sie mittellose Fremde waren, sondern weil die einheimische Bevölkerung selber schwer unter den katastrophalen Folgen der Nazi-Herrschaft und des verlorenen Krieges litt.

Dennoch schien die Eingliederung der ungebetenen Neuankömmlinge rasch zu gelingen, und das, obwohl der Integrationsvorgang mit immensen wirtschaftlichen, finanziellen, soziokulturellen und politischen Schwierigkeiten verknüpft war. Deshalb verdient hervorgehoben zu werden, wie

erfolgreich die zwei Staaten, die wenige Jahre nach Kriegsende auf deutschem Boden entstanden, die enormen Probleme der Ansiedlung von Millionen Neubürgern auf ihrem Gebiet bewältigten. Denn sie schafften es, praktisch alle geflohenen oder vertriebenen Ostdeutschen zu absorbieren – „ohne sozialen Aufruhr, ohne Aggressivität nach außen“ (Kogelfranz).

Schon bis Ende Oktober 1946 waren auf dem späteren Territorium der Bundesrepublik (mit Ausnahme der Französischen Besatzungszone, die zunächst keine Zuwanderer akzeptierte) knapp sechs Millionen Vertriebene aufgenommen worden. Bis Ende 1953 kamen so viele Immigranten hinzu, dass um diese Zeit der Anteil der Vertriebenen an der bundesdeutschen Bevölkerung auf nahezu dreizehn Prozent stieg. Der westdeutsche Staat siedelte insgesamt fast zehn Millionen Menschen aus dem ehemaligen Osten Deutschlands neu an. Sie machten schließlich beinahe ein Fünftel der Bevölkerung der jungen Bundesrepublik aus.

Verblüffenderweise erwies sich der gewaltige Zustrom der besitzlosen Massen aus den alten deutschen Ostprovinzen letztlich sogar als ein „Glücksfall“ (Schöps) für die Bonner Republik. Denn die in Westdeutschland Einzugliedernden beteiligten sich besonders eifrig und effizient an dem Wiederaufbau und dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik. Im Rückblick betrachtet, war das ‚Wunder der Eingliederung‘ (Schöps) der zwölf Millionen heimatlos Gewordenen womöglich ein noch größeres Wunder als das vielberedete westdeutsche Wirtschaftswunder.

Die Bundesrepublik hatte schon in den ersten Jahren ihres Bestehens nachhaltige Anstrengungen unternommen, um mit Hilfe administrativer und gesetzlicher Regelungen die Eingliederung der zwangsentwurzelten Ostdeutschen in die westdeutsche Gesellschaft zu erleichtern. Zu erinnern ist hier vorrangig an das Lastenausgleichsgesetz von 1952 und das Bundesvertriebenen-Gesetz von 1953. Aber bereits seit August 1949 hatte der junge demokratische Staat durch die Gewährung von Wohndarlehen, von Hilfen beim Landerwerb und bei der Ausbildung den besitzlosen und sozial deklassierten Zuwanderern den Aufbau einer neuen Existenz zu ermöglichen versucht. Auch wurde den

Migranten in Raten ein - wenn auch sehr bescheidener - Ausgleich für Hausrats- und Vermögensverluste gezahlt.

Doch mit solchen Hilfsmaßnahmen und gesetzlichen Regelungen waren die Sorgen und Nöte der Neubürger bei weitem nicht behoben. Denn die vom Staat materiell geförderte Eingliederung erforderte überdies die Bewältigung schwerwiegender psychosozialer Probleme.

Wie lange braucht ein gegen seinen Willen Verpflanzter, bis er aufhört, in seiner neuen Umwelt ein Fremder zu sein – wofern er sich nicht gegen seine Eingliederung sträubt, sondern anpassungswillig ist? Bleibt er trotz aller Integrationsbemühungen immer ein Fremder, wie das der Schriftsteller M. Sperber unterstellt? Die allermeisten geflüchteten oder vertriebenen Ost-deutschen wehrten sich in der Tat nicht dagegen, einen Platz in der westdeutschen Gesellschaft einzunehmen, nachdem sie erkannt hatten, dass es keine realistische Hoffnung mehr für sie gab, bei Lebzeiten in ihre alte Heimat zurückzukehren.

Begreiflicherweise taten sich die Älteren unter ihnen mit der Anpassung an die neuen Lebensumstände besonders schwer. Bei ihnen ging es ja nicht allein darum, sich einigermaßen anzupassen, sondern auch darum, den sozialen Status, den sie bis zum Kriegsende in der alten Heimat innegehabt und danach mit einem Schlage eingebüßt hatten, in der neuen Heimat möglichst wiederzugewinnen – ein überaus mühsames Bestreben, das deshalb auch bei vielen nicht zum Erfolg führte.

Die Jüngeren und die ganz Jungen, zur Zeit der Flucht oder der Zwangsumsiedlung noch Jugendliche oder Kinder, fügten sich dagegen fast ganz ohne Vorbehalte in ihre neue Umwelt ein. Sie hatten sich im Schnitt bereits Mitte der fünfziger Jahre, mithin etwa ein Dezennium nach ihrer Ankunft in den Westzonen, sozial und kulturell weitestgehend angepasst.

Assimilation und Integration der Ostdeutschen gingen indessen nicht so weit, dass die Altbevölkerung Westdeutschlands binnen einem Jahrzehnt gewissermaßen vergessen hätte, wer in ihrer Gemeinde und in ihrem Bekanntenkreis ein Flüchtling oder Vertriebener war. Schon der Umstand, dass die Zuzügler etwa seit 1953 mittels ihres Flüchtlings-

oder Vertriebenen-Ausweises sich manche Vorteile und Erleichterungen verschaffen konnten, markierte in administrativer Hinsicht bis auf weiteres einen Unterschied zwischen ihnen und den Altbürgern.

In der niedersächsischen Landgemeinde, in der ich seit 1973 lebe, nennen die Alteingesessenen eine Bauersfrau, die 1946 als junges Mädchen aus Schlesien kam und später einen hiesigen Bauernsohn heiratete, auch ein halbes Jahrhundert nach Flucht und Vertreibung noch unter sich „das Flüchtlingsmädchen“! Die Einheimischen wissen also selbst nach so langer Zeit noch genau, wer einstmals als fremde mittellose Landsmännin zugewandert ist. Solchen Fremden aber, die mit leeren Händen kamen, begegnete man anfangs mißtrauisch und oft auch feindselig.

Dies hat jedoch schon lange keinerlei Folgen mehr für die Koexistenz von Einheimischen und Zugewanderten. Denn nach ersten schweren Jahren kamen beide Bevölkerungsteile immer besser miteinander aus. Es ergaben sich Freundschaften, und es kam schließlich sogar zu Heiraten zwischen Einheimischen und Fremden. In der Denk-, Rede- und Lebensweise näherten sich die aus dem Osten unfreiwillig Zugezogenen immer stärker der altheimischen Bevölkerung an, so dass das Zusammenleben der beiden sozialen Gruppen keine gravierenden Probleme mehr aufwarf. Die Einwanderer wider Willen, von den Westdeutschen anfangs fast als eine Landplage empfunden, wurden zu geachteten Mitbürgern. Ja, der Zustrom der geflüchteten und vertriebenen Ostdeutschen führte auf längere Sicht nachgerade zu einer ‚Durchmischung‘ (Lemberg) der gesamten Gesellschaft in Rest-Deutschland. Mit diesem Resultat glückte auf staunenswerte Weise das, was der Staat von früh an anstrebte und deshalb nachdrücklich förderte: dass sich die massenhaft Zugewanderten nicht nur notdürftig anpassten, sondern aus innerer Überzeugung integrierten.

Mitte 1946 war meine Familie, nach dem erzwungenen Abschied aus Niederschlesien, in der Britischen Besatzungszone angesiedelt worden. Da war ich zwölf Jahre alt. 1955 machte ich als Einundzwanzigjähriger mein Abitur am Gymnasium einer westfälischen Kleinstadt. Als Abiturient, also nach knapp einem Jahrzehnt in der Fremde, empfand ich diese kaum mehr als solche, sondern war mit den Menschen und den

Lebensumständen in der westfälischen Provinz, in die wir geraten waren, bereits so vertraut, dass ich mich dort quasi zu Hause fühlte.

Erträglich wurde die anfängliche und noch jahrelang anhaltende Notlage für uns, weil sich, im Zeichen des wirtschaftlichen Booms seit 1950, ganz allmählich auch Aussichten auf eine Besserung unserer Lebens- und Wohnsituation abzeichneten; weil die Einheimischen von Jahr zu Jahr weniger Vorbehalte uns gegenüber hatten und weil wir, nach zwölf Jahren Diktatur (davon fünfeinhalb Jahre Krieg), das Glück hatten, uns unter friedlichen politischen Umständen ‚in die Freiheit einleben‘ zu können.

Ich habe als Heimatvertriebener mitsamt meiner Familie den Integrationsprozeß von Mitte 1946 an persönlich erlebt und erlitten. Wir erfuhren zunächst noch Jahre hindurch Tag für Tag drückende materielle Not, die unseren durch die geschichtlichen Vorgänge erzwungenen Versuch der Einwurzelung in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft begleitete und kennzeichnete. Als Halbwüchsiger erfasste ich freilich weder die soziale Brisanz der staatlich forcierten Integration, noch begriff ich die hochkomplexen welt- und nationalhistorischen Zusammenhänge, deren Objekte und Opfer wir Heimatvertriebenen waren.

Wer wie ich als Angehöriger des Jahrgangs 1933 in den Hitler-Staat hineingeboren und noch als Kind aus seiner östlichen Heimat herausgerissen wurde, hatte bis zur Deportation in den Westen Deutschlands immer nur in Verhältnissen gelebt, die von Unfreiheit und Gewalt geprägt waren.

Materiell war es uns in unserer schlesischen Heimat bis zur Flucht vor der Roten Armee im Januar 1945 gut gegangen. (Die kriegsbedingten Einschränkungen waren nicht so erheblich, dass die Befriedigung der wesentlichen Lebensbedürfnisse gefährdet gewesen wäre.) Mit der materiellen Sicherheit war es jedoch vom Tage der Flucht an schlagartig vorbei. Die Not wuchs bis zum Kriegsende im Mai 1945 und nahm danach für uns geradezu krasse Ausmaße an. Eine erste schwache Hoffnung, dass sie gelindert werden könnte, glimmte erst nach unserer erzwungenen Übersiedlung nach Westdeutschland auf.

Aus der größten Not befreit waren wir indes auch dort erst, als wir nach mehreren Jahren in dem neuen Wohnort einigermaßen heimisch geworden waren. Bis dahin hatten wir noch einmal eine ungemein entbehrungsreiche Zeit durchstehen müssen, unter der in ganz besonderem Maße die Mütter litten – wie denn überhaupt schon seit den letzten Kriegsjahren die Frauen die Hauptlast des Kampfes ums Überleben der Familien zu tragen gehabt hatten.

Unsere Notlage hat uns jedoch nicht den Blick dafür verstellt, dass wir in der neuen Heimat erstmals seit dem Beginn der Nazi-Herrschaft in Frieden und Freiheit leben durften. Das schätzten wir um so mehr, als wir vom Kriegsende bis zu unserer Austreibung in einem Zustande völliger Rechtlosigkeit hatten existieren müssen. Nahezu täglich waren wir Opfer der Gewalt gewesen.

Die politischen Zwänge und Einschränkungen, denen wir als unauffällige ‚Volksgenossen‘ in Hitlers Staat ausgesetzt waren, kann man natürlich nicht vergleichen mit den Bedrängnissen, unter denen wir als rechtlose Besiegte von Mai 1945 bis Juni 1946 litten – so wie die Entbehrungen, die uns in den ersten Jahren im Westen Deutschlands zu schaffen machten, nicht mehr vergleichbar waren mit der erbärmlichen und hoffnungslosen Not, die uns das Leben während unseres letzten Jahres in der schlesischen Heimat schwer machte.

Die Entbehrungen, die auch unsere Eingliederung in die neue Lebensumgebung während der ersten Jahre erschwerten, ertrugen wir leichter und lieber, weil wir bald Gründe für die Hoffnung hatten, dass die Not Zug um Zug weichen würde. Tatsächlich trat für uns seit dem Beginn der fünfziger Jahre allmählich eine Besserung unserer Lebenssituation ein. Dies hat zusammen mit dem wohltuenden Bewusstsein, dass wir als freie Menschen und in Frieden leben konnten, unsere Bereitschaft, uns in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft einzufügen, entscheidend gestärkt.

Die in der Bundesrepublik weithin gelingende Integration der heimatlos gewordenen Ostdeutschen hatte schließlich noch eine heilsame politische Konsequenz: Die bei den Flüchtlingen und